

# EU-MIGRATIONSPAKT ALS MOGELPACKUNG



**QUERGEDACHT**  
DI DR. KLAUS WOLTRON

Europas Schicksalsfrage: Wie geht man mit den andrängenden Massen aus Kriegs- und Armutsgebieten um? Dabei regelt die Genfer Konvention alles sehr genau. Die Betroffenen müssten sie nur genau lesen und gegenwartsnah auslegen. Das würde für einige Überraschungen sorgen.

**E**in Angebot, das Orbán nicht ablehnen kann!“, frohlockte Frau v. d. Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, anlässlich der Vorstellung der EU-Asylreform der EU. Postwendend erfolgte die herbe Antwort: „Pflichtquoten wird es keinesfalls geben, spielen wir bitte nicht verrückt!“ (Igor Matovič, slowakischer Ministerpräsident, unisono mit Orbán und den Chefs der Visegrad-Staaten). „Die Kommission strickt an einer Ausweitung des menschenverachtenden Lager-systems auf die gesamte EU-Peripherie“, kritisierte die Linken-Innenexpertin Ulla Jelpke in Berlin. Uneins zeigt sich Europa angesichts der Schicksalsfrage: Wie geht man mit den andrängenden Massen aus Kriegs- und Armutsgebieten um?

**REGELUNGEN, DIE SEENOTRETTUNG IN EIN GANZ ANDERES LICHT RÜCKEN**

Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist die Bibel von NGOs, Seenotrettern und jenen, die für eine hurtige Aufnahme von Migranten eintreten.

Dabei enthält sie Regelungen, die viele der heute üblichen Aktionen in ein gänzlich anderes Licht rücken. „Keine der Bestimmungen dieses Abkommens hindert einen vertragschließenden Staat ... bei Vorliegen ... schwerwiegender und außergewöhnlicher Umstände daran, ... vorläufig Maßnahmen zu ergreifen, die dieser Staat für seine Sicherheit für erforderlich hält ...

(Art. 9). Wer könnte angesichts unzähliger Gewalttaten und Konflikte bestreiten, dass keine „schwerwiegenden Umstände“ vorlägen?

Die Basis der Flüchtlingsgesetze stammt aus einer anderen Welt. 1951 betrug die Bevölkerung der Erde 2,7 Milliarden – ein Drittel der heutigen; die Asylproblematik betraf keine Migranten aus kulturfernen Gegenden. In den Städten gab es kaum Autos, Homosexualität war als „Unzucht wider die Natur mit Personen desselben Geschlechts“ zur Gänze verboten und wurde mit schwerem Kerker bestraft usw. Was würde auf unseren Straßen ablaufen, hätte sich die StVO seither nicht grundlegend gewandelt? Was wissen die Equality-Jünger von der Weiterentwicklung der Gleichstellung der Geschlechter, die seither stattfand? Dieselben Fragen stellen sich auch in der Migrationsproblematik.

## **MERKEL SCHAFFTE DIE DUBLIN-REGEL IM ALLEINGANG AB**

Viel Raum blieb für unterschiedliche Auslegungen. Deshalb flickte man die Bestimmungen immer wieder notdürftig. Ein Beispiel für die Hilflosigkeit der EU war das Gezerre um die Dublin-Regeln. Danach wäre derjenige Staat verpflichtet, das Asylverfahren durchzuführen, in dem die asylsuchende Person erstmals EU-Grenzen übertritt.

Mit der autoritären „Wir schaffen das!“-Entscheidung

Merkels wurde die Dublin-Regelung ins Nirwana unzähliger anderer gebrochener EU-Abkommen versenkt. Dorther rührt auch mein waches Misstrauen in der aktuellen Frage.

Für jeden hat man etwas hineingepackt in das nächste Flickwerk, den „Neuen Pakt über Migration und Asyl“: Hilfs-willige ködert man mit untauglichen Verteilungsschlüsseln. Die an Gewicht zunehmenden Bremsen sollen mit schärferen Abschiebungsbestimmungen eingekullt werden.

☛ Rasche Überprüfung an der EU-Außengrenze binnen 10 Tagen. Danach ordentliches Asylverfahren oder Abschiebung.

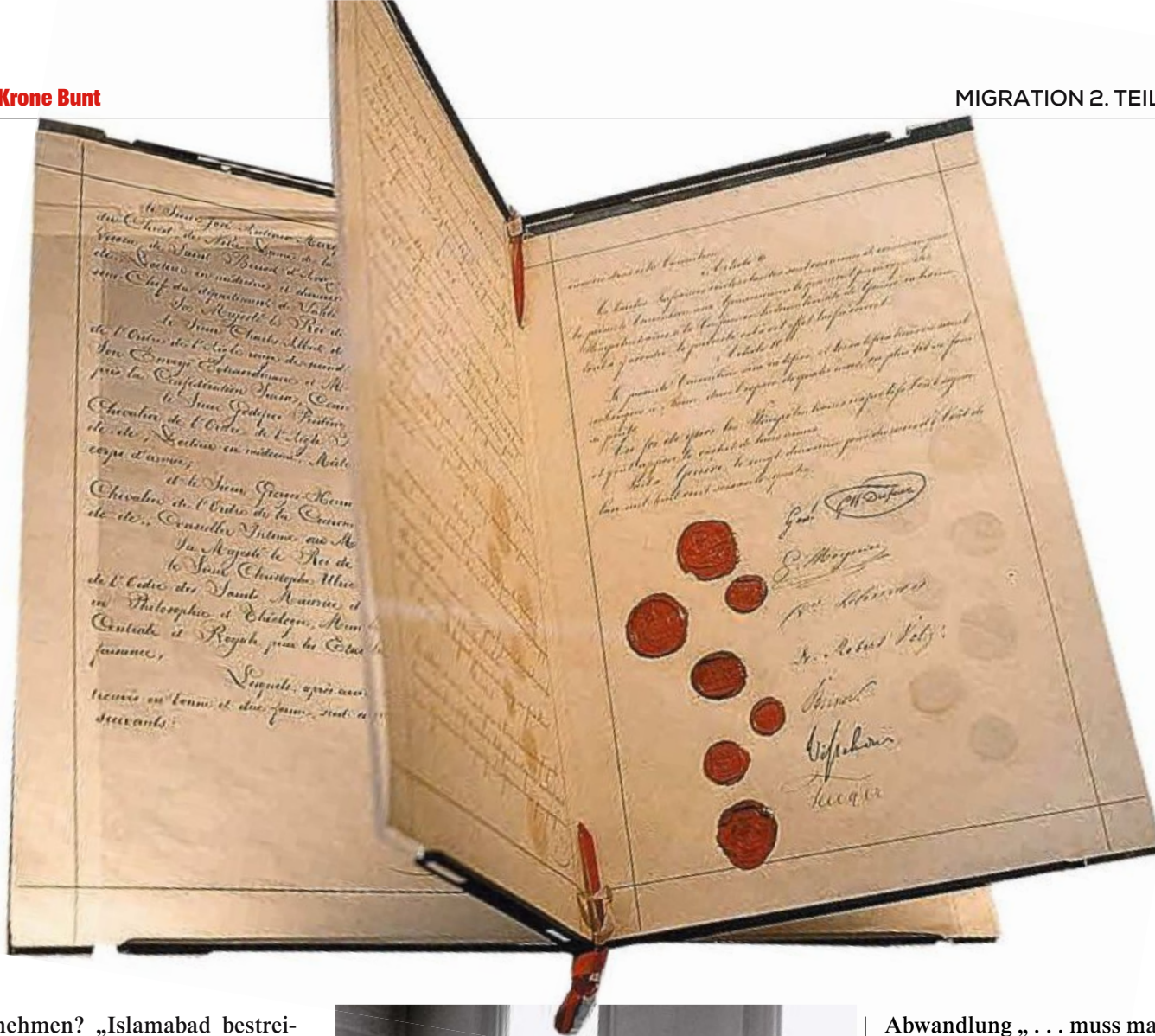
☛ Wer keine Flüchtlinge aufnehmen will, kann anderen Staaten beim Abschieben helfen.

☛ Abschluss von Abkommen mit Herkunftsländern, damit diese die für die Abschiebung nötigen Papiere ausstellen.

☛ Rettung von in Seenot geratenen Migranten ist Pflicht.

☛ Hat ein Staat nicht binnen acht Monaten Migranten abgeschoben, für die er sich verpflichtet hat, muss er sie übernehmen.

All diese Regelungen lassen im Detail großen Spielraum. Es ist z. B. unklar, was mit Asylsuchenden geschehen soll, die – absichtlich oder unabsichtlich – keine Ausweispapiere vorweisen können. Ist der jeweilig angegebene Grund für eine Asylberechtigung gültig und glaubwürdig? Wer kann unwillige Staaten dazu bringen, Emigranten zurück-



zunehmen? „Islamabad bestreitet, dass es sich bei abgelehnten Asylbewerbern um Pakistani handelt. Pakistan betreibt eine systematische Politik der Förderung von Auswanderung. Das ist Teil der Wirtschaftsplanung solcher Staaten“, klagte der ehemalige stellvertretende griechische Außenminister Kourkoulas.

**VERWAPPELTE EU-POLITIK**

Der Asylpakt wird zu denselben Auseinandersetzungen und endlosen Verfahren führen, die bisher bestanden: Es braucht Bestimmungen, die jeder versteht und die bis in die Grundsätze der Genfer Konvention hineinreichen. Es ist an der Zeit, die Definition und Ausübung des Asylrechts zu entstauben. Die Asylgesetze müssen von Grund auf neu präzise festgelegt werden. Sodann gilt es, einen wirksamen Außengrenzschutz einzuführen. Zu all dem aber scheint die verwappelte europäische Politik unfähig zu sein – oder will sie am Ende gar nicht?

Der Verdacht liegt nahe, dass die Brüsseler Verfasser an einer



praktikablen Lösung gar nicht interessiert sind und lediglich, wie bereits im Falle des Geldes, auch die alleinige Oberhoheit über die Zuwanderungspolitik gewinnen wollen. Man baut substanzlose Gefälligkeiten ein, um in der bevorstehenden Auseinandersetzung Unsicherheit zu säen und den Plan durchzusetzen. Das Motto des verrenteten Kommissionspräsidenten: „Wenn es ernst wird, muss man lügen“, hängt wie ein Damoklesschwert über uns, diesmal in der

**DIE GENFER KONVENTION aus dem Jahr 1864 (o.). Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951. Gemacht für eine andere Welt.**

Abwandlung „... muss man tarnen und täuschen“. Ob Frau von der Leyen überhaupt begriffen hat, wofür sie sich am 23. 9. 2020 einspannen ließ?

Jüngst konstituierte sich eine Initiative aus 174 Österreichern, voran Franz Küberl, Alfred Stingl, Franz Vranitzky, Ewald Novotny, Erika Pluhar, Francis Charles Georges Jean André Heller-Hueart, kurz André Heller ... (sein Engagement ist besonders kurios, lebt er doch in Marokko und am Gardasee).

**DIE ASYLGESETZE MÜSSEN VON GRUND AUF NEU FESTGELEGT WERDEN**

Das Anliegen: Die Regierung möge 100 unbegleitete Kinder aufnehmen.

Meine Empfehlung: Sebastian Kurz sollte bewilligen, dass jeder Unterzeichner zwei Kinder aufnehmen darf und mindestens 5 Jahre auch für den Nachzug aufkommt. So bewiese man seine soziale Ader, ohne dafür die Allgemeinheit bezahlen zu lassen. Die Anziehungskraft für weiteren Zuzug allerdings bliebe unverändert aufrecht. ■